

2.4. Erkenntnisse über das gegnerische Vorgehen bei der Aufwiegelung von DDR-Bürgern zum Verlassen der DDR und zur Begehung anderer gegen die sozialistische Staatsmacht gerichteter Straftaten und Handlungen

Die im Jahre 1986 erzielten Untersuchungsergebnisse bestätigten erneut die zentrale Leit- und Koordinierungsfunktion des Bundesministeriums für "innerdeutsche Beziehungen" der BRD bei der Durchsetzung einer gegen die Fortsetzung des Entspannungsprozesses in Europa und gegen die Souveränität der DDR gerichteten revanchistischen und nationalistischen "Deutschlandpolitik". Deutlich sichtbar wurde die mit den feindlichen Aktivitäten verfolgte Zielstellung,

- Bürgern der DDR einen angeblichen Rechtsanspruch auf "Freizügigkeit" zum Verlassen ihres Landes zu suggerieren und unter Hinweis auf eine angebliche "Zuständigkeit" des BMB für die Übersiedlungsproblematik von DDR-Bürgern entsprechende "Hilfeersuchen" an das BMB auszulösen;
- damit in der DDR ein manipulierbares "Druckpotential" von Übersiedlungsersuchenden zu schaffen und durch deren Motivierung zu einem hartnäckigen Verhalten den endgültigen Bruch mit der DDR und Konflikte mit der Staats- und Rechtsordnung der DDR zu bewirken;
- durch umfassende Informationsabschöpfung und -erkundung eine möglichst vollständige Erfassung von Übersiedlungsersuchenden DDR-Bürgern vornehmen zu können und einen entsprechenden Überblick über alle wesentlichen Reaktionen und Vorgehensweisen der DDR-Organen gegenüber diesem Personenkreis zu erhalten;
- auf dieser Grundlage die DDR durch internationale Diskriminierung mit dem Vorwurf von Menschenrechtsverletzungen unter Druck zu setzen.